

FDP-Fraktion – Paul-Radack-Straße 1 – 16225 Eberswalde		 <p>FDP-Fraktion in der StVV Eberswalde</p>
--	--	--

Änderungsantrag

Betreff: „Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes“

Beratungsfolge:

08.11.2018 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen
15.11.2018 Hauptausschuss
22.11.2018 Stadtverordnetenversammlung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die mit der Beschlussvorlage 0756/2018 vorgelegte Haushaltssatzung 2019 der Stadt Eberswalde wird in § 4 Ziffer 2. Gewerbesteuer (Seite I-9) dahingehend geändert, dass die Zahl „395“ durch die Zahl „380“ ersetzt wird.

Begründung:

Im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 08.03.2018 wurden durch die Verwaltung die vorläufigen Zahlen für den Haushaltsvollzug des Jahres 2017 vorgelegt. Demnach hat die Stadt Eberswalde bei der Gewerbesteuer insgesamt Einnahmen in Höhe von ca. 12,5 Mio. € verzeichnen können und damit ca. 3 Mio. € mehr eingenommen als für das Haushaltsjahr 2017 ursprünglich geplant waren. Auch die vorläufigen Zahlen aus dem aktuellen Haushaltsjahr 2018 lassen erwarten, dass die tatsächlichen Einnahmen erneut die geplanten Gewerbesteuereinnahmen deutlich übersteigen werden. Per 30.09.2018 wurde der geplante Haushaltsansatz um 12,8% überschritten. Diese auch unter Berücksichtigung von Einmaleffekten sehr erfreuliche Entwicklung der Steuereinnahmen eröffnet die Möglichkeit zur Entlastung der Unternehmer. Die Entlastung ist auch überfällig, da sie bereits bei der letzten Erhöhung des Hebesatzes im Jahr 2011 den Unternehmern in Aussicht gestellt wurde. Mit der Erhöhung wurde damals gleichzeitig beschlossen, dass der Hebesatz regelmäßig überprüft wird.

Der Gewerbesteuerhebesatz ist darüber hinaus für Unternehmer ein wichtiger Standortfaktor. Die Senkung des Hebesatzes wird den Wirtschaftsstandort Eberswalde daher stärken, da die Unwucht zu den Nachbargemeinden etwas ausgeglichen wird. So haben z.B. Schorfheide und Bernau Hebesätze von jeweils nur 350 v. H.. Folglich werden durch die Senkung des Hebesatzes vorhandene Arbeitsplätze (vor Abwanderung) gesichert und Neuansiedlungen von Unternehmen begünstigt. Langfristig wird somit das Steueraufkommen gestärkt.

Götz Trieloff
Fraktionsvorsitzender